

Zweite Einsatzhundertschaft (EHu) schnell aufbauen!

Die letzten Wochen haben gezeigt, dass der politischen Willensbekundung für eine zweite Einsatzhundertschaft schnell Taten folgen müssen. Jahrelang war die DPoIG einsamer Rufer in der Landespolizei für eine zweite EHu. Das hat sich zum Glück geändert.

► Großveranstaltungen sind wieder da!

Wir nehmen wahr, dass das Sondereinsatzgeschehen stark angezogen hat. Größere Veranstaltungen finden nach den Coronabeschränkungen wieder statt und hierbei stellt man so etwas wie einen Nachholbe-

darf fest, endlich wieder feiern zu können. Mit all den Nebenwirkungen, die polizeilich relevant sind.

Auch problematische Fußballspiele und Veranstaltungen finden wieder ohne Zuschauerbeschränkungen statt. Diesbezüglich können wir konstatie-



► Thorsten Gronau, Landesvorsitzender



Impressum:

Redaktion:
Sven-Erik Haase
Tel. 0173.6101705

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: redaktion@dpolg.sh

DPoIG SH bei Facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841

ren, dass die problematischen Personengruppen keineswegs geläutert sind, sondern wieder voll und ganz da sind und polizeilicher Begleitung bedürfen.

► Sondereinsätze ebenso!

Aber zusätzlich führen aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zu polizeilich relevanten Sondereinsätzen. Beispielhaft sei die Lage auf der Insel Sylt angeführt, die durch das 9-Euro-Ticket begünstigt wurde. Oder die Frage nach dem zügigen Aufbau eines Flüssiggasterminals in Brunsbüttel. Wer geglaubt hat, durch die Regierungsbeteili-

gung der Grünen würde das Protestgeschehen geringer, der sieht sich getäuscht. Diese Lagen sind nur beispielhaft für all das, was jedes Wochenende auf die Beine gestellt werden muss, wohlgernekt neben dem üblichen täglichen Einsatzgeschäft. Überhaupt nicht eingepreist sind noch unklare Entwicklungen, die durch die Energiekrise und Corona im Herbst/Winter auf uns zukommen können.

► Priorität: hoch

Deshalb ist es gut, wenn über die 2. Einsatzhundertschaft theoretisch Konsens besteht. Die Umsetzung muss mit hoher Priorität vorangetrieben werden, um den polizeilichen Einzeldienst zu entlasten – jetzt und nicht zum Ende der Legislaturperiode!

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*



Arbeitsbelastung und Überstunden

Die Überstundensituation in der Landespolizei ist seit vielen Jahren problematisch. Hohe Überstundenstände sind wiederholt von den Gewerkschaften thematisiert worden, ohne dass sich durchgreifend etwas geändert hat. Dabei ist klar, dass es verschiedene Faktoren gibt, die hohe Stundenstände verursachen.

Überstundenabbau

Aktuell ist festzustellen, dass der Abbau höherer Überstundenstände aus unterschiedlichen Gründen, auch rechtlicher Art, stark in den Fokus geraten ist.

Bei diesen Bemühungen darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass es in den allermeisten Fällen gute Gründe dafür gab und gibt, dass Überstunden entstanden und auch weiterhin entstehen werden. Sich jetzt nur darauf zurückzuführen, dass verbindlich Zielvereinbarungen zwischen Vorgesetzten und Mitarbeiter-schaft zum Stundenabbau geschlossen werden, erscheint zu kurz gesprungen und verlagert Verantwortung nach unten.

Ursachen

In den allermeisten Fällen werden unter anderem komplexe Ermittlungsverfahren, hohe Vorgangsbelastung, hohes Sondereinsatzaufkommen, Personalknappheit und/oder operative Notwendigkeiten dazu führen, dass an bestimmten Stellen in der Landespolizei Arbeitsleistungen erbracht werden müssen, die nicht innerhalb der normalen Wochenarbeitszeit abzuleisten sind.

Insofern ist es kritisch zu sehen, wenn nun zwingend Zielvereinbarungen mit dem Personenkreis getroffen werden, die hohe Überstundenstände haben, mit der Zielvorgabe, diese alsbald zu reduzieren.

Zunächst einmal ist es aus gewerkschaftlicher Sicht folgerichtig, wenn hohe Überstundenstände reduziert werden. Aber nur, wenn gleichzeitig die Ursachen für das Entstehen dieser Überstundenberge angegangen werden. Sonst bleiben es nur Papiertiger. Und zudem ist es doch klar, dass die Vorgangslast und die Anzahl von Sondereinsätzen perspektivisch nicht geringer werden. Heißt im Umkehrschluss: Überstundenabbau an der einen Stelle verursacht Vorgangshalden und stärkere Belastung auf der anderen Seite. Das führt zu langen Bearbeitungszeiten und zu weiteren Überlastungsreaktionen

und Wirklichkeit in der Tiefe von Sachbearbeitung auseinanderdriften dürfen.

Schlussendlich ist das Zustandekommen von hohen Stundenständen kein Resultat von unsachgemäßem Umgang mit Arbeitszeit, sondern ein Indikator für zu wenig Personal bei zu hoher Belastung. Und genau da muss aus Sicht der DPoIG angesetzt werden.

Unsere Ideen

Was ist zu tun? Es ist die politische Aufgabe, genügend Personal bereitzustellen, um die anfallenden Aufgaben ohne Überlastung des Personals zu

den. Wo eine zeitnahe Reduzierung von Überstunden aus nachvollziehbaren Gründen nicht möglich ist, sollte eine Umbuchung auf Langzeitkonten erfolgen. Damit sind die Überstunden nicht weg, aber die Abgeltung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt, und zwar ohne Damoklesschwert einer Verjährung.

Die aus dem Arbeitsrecht stammende „Überlastungsanzeige“ sollte für die Polizei als Maßnahme des Arbeitsschutzes regelgerecht eingeführt werden. Nur so erhält man einen Überblick, an welchen Stellen der Landespolizei die Gefahr gesundheitsschädlicher Überlastungen besonders hoch ist. Es muss als oberste Führungsaufgabe angesehen werden, einen Gleichklang aus Vermeidung von individueller Arbeitsüberlastung, Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Sachbearbeitung und Einhaltung von Arbeitsschutzvorschriften zu gewährleisten.

Und schlussendlich sollten zusätzliche Haushaltsmittel für Präventionsmaßnahmen bereitgestellt werden, um gesundheitliche Ausgleichsmaßnahmen zu ermöglichen.

Aus Sicht der DPoIG muss das Thema „Überstunden“ viel breiter betrachtet werden und es muss an den Ursachen gearbeitet werden.

Torsten Gronau, Landesvorsitzender



© bluedesign-Fotolia.com

in der Mitarbeiterschaft, schlussendlich wahrscheinlich sogar zu Qualitätseinbußen in den Ermittlungen.

Dem kann man ein Stück weit mit standardisierten Verfahren entgegenwirken, wobei man sich da die Frage stellen darf, wie weit man da unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten gehen darf und wie weit Anspruch von Kriminalitätsoffern

erledigen. Aus Sicht der DPoIG ist offensichtlich, dass es zusätzlichen Personalaufbau benötigt, um Einsatz, Präsenz und Ermittlungen weiter zu stärken.

Für vorübergehende Arbeitsspitzen, zum Beispiel im Rahmen von komplexen Verfahren oder Sondereinsatzlagen, sollte die Möglichkeit von Langzeitarbeitskonten geprüft wer-

MOIN MOIN an alle neuen Kolleginnen und Kollegen!

Herzlich willkommen und einen guten Start ins Berufsleben wünscht die DPoIG.

Schleswig-Holstein

Am 1. August 2022 war im gesamten Land Schleswig-Holstein wieder Ausbildungsstart.

Auch die Landespolizei Schleswig-Holstein konnte neue Kolleginnen und Kollegen im mittleren und gehobenen Dienst der Landespolizei Schleswig-Holstein begrüßen.

Die Dienstanfänger des mittleren Dienstes starteten ihre

jugendleiter), Birke Pfeiffer (DPoIG-Geschäftsstelle) und Astrid Steffen (stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende) mit guter Laune in Eutin vor Ort.

Der Einlass der Dienstanfänger erfolgte zu diesem Einstellungstermin an der Objektschutzwache der PD AFB. Daher hatten wir unseren DPoIG-Pavillon ab 6.30 Uhr neben der Objektschutzwache der PD AFB aufgebaut und



Birke Pfeiffer (DPoIG-Geschäftsstelle) und Jonathan Roß (DPoIG-Landesjugendleiter) von links

Ausbildung in der PD AFB in Eutin, die Dienstanfänger des gehobenen Dienstes begannen an der FHVD in Kiel-Altenholz.

Begrüßung in Eutin und Kiel-Altenholz

Von der DPoIG Schleswig-Holstein waren am 1. August 2022 Jonathan Roß (DPoIG-Landes-

konnten bereits ab kurz nach 7 Uhr bis um 9 Uhr mit unseren sorgfältig gestalteten DPoIG-Begrüßungsmappen die „Neuen“ als Polizistinnen und Polizisten in der Ausbildung der Landespolizei SH begrüßen.

An der FHVD in Kiel-Altenholz fand am 11. August 2022 ein Begegnungs- und Informati-



Jonathan Roß (DPoIG-Landesjugendleiter), Astrid Steffen (stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende) und Birke Pfeiffer (DPoIG-Geschäftsstelle) (von links)

onsforum für die Studentinnen und Studenten statt. Bei strahlendem Sonnenschein begrüßten Birke Pfeiffer und Jonathan Roß im Zeitraum von 9 Uhr bis 14 Uhr den gehobenen Dienst und beantworteten alle Fragen zur Mitgliedschaft in der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Unsere DPoIG-SH-Hotline 01 72-8 81 28 64

Gemeinsam mit der DPoIG-Begrüßungsmappe wurde auch eine DPoIG-SH-Hotline den Dienstanfängern bekanntgegeben, die für Fragen rund um die DPoIG, egal ob zur Mit-

gliedschaft, zur Ausbildung, zur Gewerkschaftsarbeit oder anderen Themen, zur Verfügung steht.

Unsere Hotline bleibt für euch während der gesamten Ausbildung erreichbar.

Wir freuen uns über viele Anrufe und Gespräche und den Austausch in der Zukunft.

Eure DPoIG Schleswig-Holstein, wir sind für euch da!

Eure stellvertretende Landesvorsitzende Astrid Steffen

„Mängel bei der Unterbringung bei Großeinsätzen?!“

Antwort auf einen Leserbrief

Nach dem Großeinsatz „G7-Außenministerkonferenz“ in Weihenhäuser Strand im Mai dieses Jahres erreichte die DPolG eine Mail eines bayerischen Kollegen, der mit seiner Einheit in einer Kaserne untergebracht worden war. Er berichtete von unerwarteten Mängeln, die von üblem Geruch, braunem Wasser aus Mannschaftsduschen, Metallgitterrost-Betten bis hin zu dreckigen Schlafräumen reichten.

Es schloss sich die Frage an, ob man als Landespolizei wirklich so mit seinen Beamten und speziell mit den Unterstützungs Kräften aus anderen Bundesländern umgehen mag.

■ Beschwerdethemen

Kein neues Thema – dennoch kommt es regelmäßig während oder nach größeren Einsätzen zu wiederkehrenden Beschwerden oder Unmutsäußerungen.

Auf der einen Seite dreht es sich dabei um die Vergütung von geleisteten Rufberei-

tschaftszeiten, die scheinbar immer unterschiedlich, nicht für jeden nachvollziehbar und vor allem in jedem Bundesland anders vergütet werden. Das führt zu gefühlten Ungerechtigkeiten, wenn die gleiche Arbeit unterschiedlich „bezahlt“ wird.

Andererseits geht es um mangelhafte Zustände in Bezug auf die Unterbringungen und in der Folge um die Verpflegung der Einsatzkräfte.



© pixabay.com

Vielfältige Erfahrungen konnten in der Vergangenheit gesammelt werden, die zeigen, wie schwierig es ist, große Verbände über mehrere Tage angemessen unterzubringen. Besonders schwierig gestaltet sich das in ländlichen Bereichen, in denen kaum Infrastruktur verfügbar ist. So muss auf alles zurückgegriffen werden, was sich in näherer oder weiterer Entfernung bietet. Es reicht dabei von Zimmeranmietungen in besten Hotels mit eigenem Bad im Zimmer und einer Verpflegung in Buffetform über Kasernen mit Großraumtoiletten und Kantinenessen aus Großküchen bis hin

zu selbst errichteten Containerdörfern, in denen vielleicht sogar Beutelverpflegung mit eher nicht sonderlich schmackhaftem Inhalt ausgeteilt wird.

■ Wachsam bleiben

Das Schreiben des Kollegen wurde wunschgemäß an die Verantwortlichen der Einsatzleitung weitergeleitet und wird dort mit Sicherheit zumindest zur Kenntnis genommen und bewertet. Es soll auch dazu

dienen, das Augenmerk nochmals auf dieses Themenfeld zu richten.

Es bleibt festzustellen: Die zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Vorbereitungsstäben und den zumeist personell unterbesetzten Einsatzabschnitten „Zentrale Dienste“ sind durchgängig bemüht, das Beste zu ermöglichen. Hierbei arbeiten sie dabei unter schwierigen Bedingungen (Sommerzeit, ausgebuchte Touristenregion, unklare Kräftezusagen, fast täglich sich verändernde Rahmenbedingungen und so weiter).

■ Standards verändern sich

Sicherlich mag sich der/die eine oder andere noch an Zeiten erinnern, wo Einsatzkräfte in Turnhallen auf Feldbetten ein



© DPolG SH

paar Stunden in voller Montur geschlafen haben, um sich sodann wieder in den Einsatzraum zu begeben. Diese Zeiten sind nun aber wirklich schon lange Geschichte und können heute niemandem mehr als Richtwert dienen.

Den Verantwortlichen muss heute klar sein: Es geht bei der Unterbringung von Einsatzkräften mitnichten nur um persönliche Befindlichkeiten einzelner Mitarbeiter. Insbesondere bei mehrtägigen Einsätzen reicht das Einhalten von Mindestanforderungen gemäß veralteter Leitfäden nicht mehr aus. Das gilt im Besonderen, aber nicht nur, für die Einsatzkräfte, die lange Anfahrtswege zurückzulegen haben oder die Landespolizei aus anderen Bundesländern unterstützen.

Bei der Bewältigung von schwierigen Einsätzen ist eine ordentliche Unterbringung und ein angemessenes Essen eine Selbstverständlichkeit.

Auch zukünftig wird es zu polizeilichen Großeinsätzen kommen. Man muss sich darauf einstellen und, unabhängig von irgendwelchen finanziellen Erwägungen, eine angemessene Unterbringung für das „wichtigste Gut der Polizei – unsere Mitarbeiter“ – sicherstellen.

*Frank Hesse,
stellvertretender
Landesvorsitzender*



© pexels.com